

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	361
		TOP:	12
Verhandlung		Drucksache:	718/2020
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	06.10.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Schairer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Haupt / de		
Betreff:	BPlan und Satzung über örtliche Bauvorschriften Lindenschulviertel (Un 121) im Stadtbezirk Untertürkheim - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 29.09.2020, öffentlich, Nr. 343
 Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 01.09.2020, GRDRs 718/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Bebauungsplan und die Satzung über örtliche Bauvorschriften Lindenschulviertel (Un 121) im Stadtbezirk Untertürkheim sind gemäß § 2 Abs.1 BauGB aufzustellen.

Der Geltungsbereich ist nach dem gegenwärtigen Stand der Planung auf dem Titelblatt der Allgemeinen Ziele und Zwecke vom 03.08.2020 dargestellt.

Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Lageplan zum Aufstellungsbeschluss des Amts für Stadtplanung und Wohnen vom 25.05.2020.

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden folgende Anträge ausgeteilt:

- Antrag Nr. 402/2020 vom 02.10.2020 (CDU) "Keine Schließung der Inselstraße"
- Antrag Nr. 406/2020 vom 06.10.2020 (90/GRÜNE) "Zur Vernetzung in Untertürkheim gehört der Radweg".

Beide Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BM Dr. Schairer verweist auf die beiden oben aufgeführten Anträge zur GRDs Nr. 718/2020 sowie auf Bemerkungen des Bezirksbeiratsbeschlusses Untertürkheim. Die Verwaltung habe hiervon alle Aspekte aufgenommen.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) erläutert kurz den obigen Antrag seiner Fraktion. Der CDU-Antrag stelle eine Reaktion auf die Planung der Inselstraße dar und sehe die Streichung eines Satzes in der vorliegenden Gemeinderatsdrucksache vor. Dieses beeinflusse jedoch den in der Unterlage vorher aufgeführten Satz, der eines der Ziele des Bebauungsplans und des IBA-Projektes (Internationale Bauausstellung) darstelle (z.B. Minderung des Verkehrsaufkommens am Carl-Benz). Der CDU gehe es vermutlich jedoch nur um die Inselstraße. Daher würde es ausreichen, den Abschnitt "...wie z.B. die Inselstraße..." zu streichen. Dieses würde den Sinn des gesamten Absatzes nicht entkräften und weitreichende Folgen haben.

BM Dr. Schairer kündigt daraufhin einen Formulierungsvorschlag der Verwaltung an.

Ihre Fraktion könne den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mittragen, so StRin Bulle-Schmid (CDU). Dieses werde vom örtlichen Bezirksbeirat aufgrund eines entsprechenden Beschlusses gewünscht. Ein Anliegen ihrer Fraktion stelle die Verbesserung der Radwegeverbindung am Neckar dar, da es an dieser Stelle einen Engpass gebe. Der Antrag Nr. 402/2020 sei gestellt worden, da die Verwaltung zuvor angefragt worden war, welcher Teil der Inselstraße betroffen sei. Daraufhin sei von der Verwaltung die Brücke gezeigt worden. Eine Sperrung dieser Brücke würde jedoch zu enormen Problemen führen, da alle Fahrzeugnutzer*innen hiervon betroffen wären. Gegen die Planung eines Radweges auf dem restlichen Teil der Inselstraße habe ihre Fraktion keinerlei Vorbehalte. Es müsse in der Vorlage klargestellt werden, dass die Brücke als Überfahrtsmöglichkeit nicht angegriffen werden dürfe.

Herr Dr. Kron (ASW) betont, die Verwaltung befasse sich aktuell mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das betroffene Gebiet. Die oberen Ziele würden die IBA, das Projekt "Stadt am Fluss" sowie der "Masterplan Untertürkheim" darstellen. Die derzeitige Situation am Carl-Benz-Platz sei unbefriedigend, da hier unzureichende Verbindungen bestünden und neue Bebauungen sowohl von der Daimler AG als auch auf der anderen Straßenseite geplant seien. Der Bebauungsplan stelle ein Sicherungsinstrument dar, um die vorher genannten Ziele weiterzuverfolgen. Zum jetzigen Zeitpunkt würden noch keine Maßnahmen beschlossen. Die inhaltlichen Punkte beider Anfragen würden in die weitere Planung eingearbeitet. Der Formulierungsvorschlag der Verwaltung sehe vor, dass die verkehrlichen Verhältnisse analysiert werden sollen und optimiert werden, Rad- und Gehwegbeziehungen verbessert bei gleichzeitiger Priorisierung des ÖPNV. Die Maßnahmen bezögen sich nicht nur auf den baulichen, sondern ebenso auf den verkehrsrechtlichen Bereich. Der Bebauungsplan setze sich zu einem späteren Zeitpunkt verkehrsflächig fest. Hinsichtlich der Untergliederung und Funktion der Flächen würden eigene Projekte gebildet, die der Gemeinderat beschließen müsse, da hierfür finanzielle Mittel im Haushaltsplan hinterlegt werden müssten. Die Verwaltung stehe erst am Beginn der Planung und wolle die Diskussion abwarten, wie sich der Gesamtentwurf entwickle.

Seine Fraktion könne sich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN anschließen, so StR Conzelmann (SPD). Die Antragsinhalte stellten den Wunsch des örtlichen Bezirksbeirats dar und würden daher unterstützt. Hinsichtlich des CDU-Antrags teilt er die Auffassung von StR Peterhoff, dass eine Streichung dieses Satzes eine ergebnisoffene verkehrliche Untersuchung im angesprochenen Bereich verhindere. Er habe keine Bedenken, die Inselstraße auszunehmen, begrüße jedoch eine ergebnisoffene Verkehrserhebung und -untersuchung. Falls der CDU-Antrag unverändert bleibe, könne seine Fraktion diesem nicht zustimmen.

BM Dr. Schairer erklärt, die Verwaltung lasse den betreffenden Satz nicht ersatzlos wegfallen, sondern füge die von Herrn Dr. Kron vorgetragene Formulierung ein: "Die verkehrlichen Verhältnisse sollen analysiert und optimiert werden, Rad- und Gehwegbeziehungen verbessert bei gleichzeitiger Priorisierung des ÖPNV." Diese Formulierung solle rechtsverbindlich festgelegt werden. Dadurch seien den Bedenken der CDU-Fraktion Rechnung getragen, da dem Wunsch der CDU-Fraktion der Satzstreichung nachgegangen werde und die Verwaltung eine offenere Formulierung anbiete.

Mit der Streichung des Satzes sei sie einverstanden, so StRin Bulle Schmid. An StR Conzelmann gewandt stellt sie klar, es gehe ihr lediglich um die Brücke und nicht um die restliche Inselstraße. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion mit dem Antrag reagiert. Die Stadträtin bekräftigt ihre vorherigen Ausführungen.

Da viele Stadträte und Stadträtinnen mit der Streichung des Satzes Probleme hätten, schlägt StR Kotz (CDU) folgende Ergänzung vor: "Dies betrifft aber nicht die Neckarbrücke." Dadurch sei klar, dass die restliche Inselstraße und der Carl-Benz-Platz gemeint seien, nicht jedoch die Neckarbrücke.

Auf die Nachfrage von BM Dr. Schairer, ob die vorgeschlagene Formulierung der Verwaltung übernommen werden könne, antwortet StR Kotz, diese Formulierung sei zu ungenau.

StRin Bulle-Schmid verweist auf den zweiten Beschluss des Bezirksbeirats Untertürkheim, auf der linken Straße - womit die Brücke gemeint sei – alle Verkehrsarten weiterhin planerisch abzubilden. Dieser Sachverhalt müsste in der Vorlage 718/2020 ebenso Berücksichtigung finden, nicht nur der diskutierte Radweg.

BM Dr. Schairer hält als Zwischenergebnis fest, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN finde bei allen Stadträten und Stadträtinnen Zustimmung. Dagegen bedürfe es bei dem Antrag der CDU-Fraktion eine geringe Veränderung. Er erkundigt sich erneut nach der Bereitschaft der CDU-Fraktion, den Vorschlag der Verwaltung zu übernehmen und wiederholt die oben aufgeführte Formulierung. StR Kotz erkundigt sich, ob bei einer Ergänzung des Formulierungsvorschlages der bisherige umstrittene Satz weiter in der Vorlage bestehen bleibe. Es sei seiner Fraktion wichtig, dass die Inselstraße und die Neckarbrücke weiterhin für den Individualverkehr erhalten blieben. BM Dr. Schairer schlägt daraufhin eine Abstimmung vor.

Es sei von der CDU-Fraktion klar herausgestellt worden, so StR Goller (AfD), der Hauptsinn des Änderungsantrages bestehe darin, die Brücke in ihrer Funktion als Anschlussmitte für alle Verkehrsmittel zu erhalten. Zudem sei eine Brücke ohne Anschluss

sinnlos. Der Antrag habe eine ergebnisoffene Prüfung vorgesehen. Wenn es hinsichtlich der Formulierung keine Einigung gebe, müsse darüber abgestimmt werden.

StR Kotz erkundigt sich, ob die Streichung des Satzes vorgesehen sei. Falls dieses der Fall wäre, könnte seine Fraktion zustimmen. BM Dr. Schairer bestätigt, der Satz werde gestrichen und stattdessen der Formulierungsvorschlag der Verwaltung eingefügt. Dieses stelle exakt den von ihm bereits dargestellten Vorschlag dar.

Zu den Anträgen ergeben sich die nachstehenden Abstimmungen:

Antrag-Nr. 406/2020 von Bündnis 90/GRÜNE:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik stimmt diesem Antrag zu.

Antrag Antrag-Nr. 402/2020 der CDU-Fraktion:

Der Satz des Antrages mit folgendem Wortlaut wird gestrichen: "Dabei ist zu prüfen, ob einzelne Netzelemente wie z.B. die Inselstraße in ihrer Funktion reduziert oder auch vollständig entfallen können." Anstelle dessen wird folgender Formulierungsvorschlag der Verwaltung eingefügt: "Die verkehrlichen Verhältnisse sollen analysiert und optimiert werden, Rad- und Gehwegbeziehungen verbessert bei gleichzeitiger Priorisierung des ÖPNV."

Mit dieser Maßgabe stimmt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik diesem Antrag zu.

Mit der Maßgabe der vorstehenden Abstimmungsergebnisse stellt BM Dr. Schairer den Beschlussantrag GRDr 718/2020 zu Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt mit der genannten Maßgabe einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Haupt / de

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
 3. Referat WFB
Liegenschaftsamt (2)
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
Amt für Sport und Bewegung (2)
 5. Referat T
Tiefbauamt/SES (3)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
BBS (2)
 6. BezA Untertürkheim
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS